



INTERVIEW MIT EYAD EL-SARRAJ

»Eine gewisse Furcht, die Meinung zu äußern«

ai-Journal: Wie würden Sie die Situation der Menschen in den Autonomiegebieten beschreiben?

Eyad el-Sarraj: Die allgemeine Lage ist von großer Apathie, Hilf- und Hoffnungslosigkeit gekennzeichnet. Die politische Situation ist sehr schwierig. Der Friedensprozeß ist tot. Die Menschen haben mit dem Friedensprozeß viele ihrer Träume, Hoffnungen und Erwartungen begraben.

Gibt es eine Möglichkeit, diesen Friedensprozeß wiederzubeleben?

El-Sarraj: Wir sollten erklären, daß die Oslo-Vereinbarungen tot sind und eine neue Initiative starten. Es könnte bilateral zwischen Israelis und Palästinensern oder zusammen mit den Europäern geschehen, was ich persönlich bevorzuge.

Was würde passieren, wenn Arafat zurückträte oder ihm etwas zustieße? Würde das System zusammenbrechen, oder würde alles so weitergehen wie bisher?

El-Sarraj: Arafat ist nach wie vor das

Der aus Gaza stammende palästinensische Menschenrechtler und Psychiater Eyad el-Sarraj wurde 1944 geboren. Er studierte Medizin an der Universität von Alexandria in Ägypten und Psychiatrie an der Universität von London. Er war jahrelang Direktor des „Mental Health Service“ in Gaza, in dem die Opfer der Folter und der israelischen Besatzungspolitik behandelt werden. Zur Zeit leitet el-Sarraj die „Unabhängige Palästinensische Kommission für Bürgerrechte“ in Gaza.

Symbol für den palästinensischen Nationalismus. Er ist ein Hindernis für die totale Dominanz der Israelis in diesem Gebiet. Im Augenblick versucht Israel, seine Position zu untergraben und ihn damit der Lächerlichkeit preiszugeben.

Das Parlament scheint keine wichtige Rolle zu spielen. Arafat hält sich nicht an die Beschlüsse oder Vorschläge der Abgeordneten. Auch die Sicherheitsdienste scheinen wenig beeindruckt von diesem Parlament zu sein. Wie schätzen Sie seine Macht ein?

El-Sarraj: Das Parlament bewegt sich in Richtung Konfrontation mit Arafat und seiner Behörde. Es gibt enorme Spannungen selbst unter den Abgeordneten von Arafats Fatah-Fraktion. Es wird in nächster Zeit zu einem Zusammenstoß zwischen beiden Institutionen kommen. Nur Arafat kann dies verhindern, indem er auf die Forderungen der Abgeordneten eingeht, um sie für eine gewisse Zeit wieder zu beruhigen.

Wie steht es um die Achtung der Men-

schenrechte in den Autonomiegebieten?

El-Sarraj: Es scheint, daß die Sicherheitsdienste den Befehl erhalten haben, die Folterungen zu stoppen und die Gesetze anzuwenden, wenn Menschen ins Gefängnis kommen. Einige werden aber festgenommen, weil sie ihre Meinung frei geäußert haben. Sie bleiben für einige Zeit im Gefängnis, werden dann aber ohne Anklage wieder freigelassen. Dies sind ernste Vorfälle, die wir nicht akzeptieren können.

Sie wurden im letzten Jahr von Arafats Sicherheitsdienst verhaftet und gefoltert. Sollten Sie ein abschreckendes Beispiel für alle palästinensischen Intellektuellen und Kritiker der Autonomiebehörde sein?

El-Sarraj: Arafat sieht sich als Vater der Nation. Er liebt es, andere zu disziplinieren. Er mag keine Kritik, die von der „auswärtigen Verschwörung“ benutzt werden könnte. Er glaubt an diese Verschwörungstheorie gegen uns. Deshalb ist er sehr hart gegenüber Leuten, die ihn oder die Behörden kritisieren. Die Veröffentlichung meines Falles brachte die Frage der Menschenrechtsverletzungen an die Öffentlichkeit. Es wurde deutlich, daß es eine weitverbreitete Korruption, Folter und Eingriffe in die Menschenrechte gibt. Daraufhin begannen immer mehr Menschen, dagegen ihre Stimme zu erheben. Selbst innerhalb der Autonomiebehörde sprach man sich gegen diese Politik aus. Es gibt jetzt einen Einfluß der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen auf die Behörden, der vor zwei Jahren noch undenkbar war. Es gab Anweisungen, die Folter zu stoppen. Auf dem Gebiet der freien Meinungsäußerung liegt aber noch einiges im Argen. Außerdem sind nach wie vor Menschen im Gefängnis, von denen bisher keiner etwas gehört hat.

Werden immer noch Kritiker des Friedensprozesses unterdrückt oder eingeschüchtert?

El-Sarraj: Jetzt darf man den Friedensprozeß kritisieren. Was nicht akzeptiert wird, ist die Kritik an der Autonomiebehörde und der Korruption. Die Mitarbeiter der Behörde sind da sehr sensibel und gehen hart gegen die Kritiker vor.

Wie beurteilen Sie die Hinrichtung von drei Grundstücksmaklern?

El-Sarraj: Ich verurteile die Ermordung von Menschen immer. Ich weiß, wie wichtig die Frage des Bodens für die Palästinenser ist. Sie ist ebenso wichtig für Israel. Natürlich wollen wir unser Land vor der Kontrolle Israels schützen. Es ist aber gegen die menschliche Moral, die Ermordung von Menschen zu entschuldigen. Falls es jemanden gibt, der palästinensisches Land illegal ver-

kauft hat, sollte er angeklagt werden.

Haben die Autonomiebehörden etwas mit diesen Hinrichtungen zu tun?

El-Sarraj: Ich weiß es nicht, aber sie verurteilen sie nicht. Die Behörden sollten sich klar gegen diese Hinrichtungen aussprechen und selbst überhaupt keine Todesurteile verhängen. Palästinensische Gerichte haben schon einige Menschen zum Tode verurteilt, aber die Urteile wurden nicht vollstreckt. Man benutzt die Drohung, um einzuschüchtern.

Was glauben Sie, wie sich die Palästinenser verhalten werden, wenn die Lage sich nicht bessert, sondern vielleicht noch schlechter wird?

El-Sarraj: Es gibt eine intensive Debatte über Probleme und Lösungsmöglichkeiten. Ich glaube, daß eine neue politische Generation die Führung übernehmen wird. Die Palästinenser wissen, daß sie durch eine demokratische Auseinandersetzung die Probleme meistern können. Die Menschen hatten viel Vertrauen in die Wahlen gesetzt. Jetzt sehen sie, daß das gewählte Parlament machtlos ist.

Könnte es zu einer neuen Intifada kommen, die sich nicht gegen die Israelis, sondern gegen die Autonomiebehörden richtet?

El-Sarraj: Solange Arafat an der Spitze steht, ist so etwas nicht möglich. Nach Arafat ist die Möglichkeit einer gewalttätigen Konfrontation gegeben.

Manchmal erscheint es so, als ob die Palästinenser unter israelischer Besatzung freier waren als unter palästinensischer Kontrolle.

El-Sarraj: Auf dem Gebiet der Meinungs- und Pressefreiheit gab es eine größeres Spektrum an Möglichkeiten. Viele Journalisten, Schriftsteller oder Herausgeber in Palästina haben heute Angst, alles zu veröffentlichen, wegen der Erfahrungen in den letzten drei Jahren. Es wurden viele Journalisten verhaftet und eingeschüchtert. Im Alltag gibt es eine gewisse Furcht, seine Meinung frei zu äußern. Man hat Angst, daß man bei den Sicherheitsdiensten denunziert wird. Das heißt nicht, daß das immer auch geschieht. Aber das Gefühl ist vorhanden.

Was ist Ihre Vision für die Zukunft?

El-Sarraj: Ich wünsche mir, daß Israelis und Palästinenser in einem Staat zusammenleben könnten. Die Menschen sollten gleich behandelt werden und in Würde leben können sowie vor dem Gesetz gleich sein. Falls dies nicht möglich ist, wünsche ich mir einen Palästinenserstaat, in dem es keine Siedlungen gibt. Jerusalem sollte für beide Völker die Hauptstadt sein.